



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/76 - 1.4.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

| | |
|---|------|
| Der politische Hintergrund des Falles Bonin | S. 1 |
| Französische Militärmaßnahmen in Nordafrika | S. 3 |
| Zum 80. Geburtstag Adolf Schönfelders | S. 5 |
| Erfindungen des "Deutschen Monatsblattes" | S. 6 |

Bonins "schwarzer Reichswehrkern"

sp - Es ist falsch, den Fall Bonin als ein Wechselspiel von strategischen Konzeptionen und Gegenkonzeptionen zu sehen. Diese sind nur äußere Hüllen. Der Hintergrund ist hochpolitisch. Er allein ist interessant.

Bonin war der Gegenspieler der Reformgruppe im Amt Blank. Im Herbst 1952 wollte er ein neues Organisationsstatut im Hause durchsetzen, mit dem durch Zwischenschaltung eines mehrstufigen Instanzenzuges, den Bonin entsprechend zu besetzen beabsichtigte, Baudissin und Blank getrennt werden sollten.

Dieser Plan misslang, der Bumerang schlug schließlich zurück und traf seinen Urheber. Bonin gab seine Abteilung an Fett ab, ging auf Reisen und fertigte Studien.

Eine ist die in vier Abarten vorhandene Boninstudie über Panzer-sperrriegel. Diese Studie nun soll in ihrer ersten Fassung einen hochexplosiven Kern, einen "schwarzen Reichswehrkern" enthalten. Diese Ansicht scheint sich zu bestätigen.

Aus gutinformierten amerikanischen Kreisen wird bekannt, dass Bonin anlässlich seiner Amerikareise, unter Ausschaltung der verantwortlichen zivilen Instanzen der Bundesrepublik, versucht haben soll, mit den Amerikanern zu Absprachen zu kommen, um unter scharfer Ab-

schirmung gegenüber der Sozialdemokratie, die Aufstellung von Verbänden nach dem Muster der schwarzen Reichswehr durchzuführen. Blank habe hauptsächlich aus diesem Grund den Plan verworfen.

Wenn diese Informationen sich bestätigen sollten, so bewegt sich Herr von Bonin allerdings in bewährter Reichswehrtradition. Nur die Partner haben gewechselt. War unter Hezen von Seeckt der Gegenspieler und Partner Rußland, so sind es unter Herrn von Bonin die USA.

Es liegt auf der Hand, dass für alle Reichswehrfietischisten Herr von Bonin nunmehr das angebetete Idol ist. Hier hatte man den Mann, der das "schlappe Volk der Parlamentarier" schon überrollen würde. Es kam nur noch darauf an, ihn wieder in eine entscheidende Schlüsselposition zu bringen.

Dazu waren zwei Dinge notwendig: Der Stab Heusinger mußte der Öffentlichkeit als eine Gruppe militärischer Dilettanten erscheinen und Herr von Bonin für die Sozialdemokratie tragbar werden. Man spielte also die Reformerguppe um Heusinger schlichtweg gegen die angebliche Fachleutegruppe, dargestellt durch Herrn von Bonin, in der Öffentlichkeit aus.

Dann tat man ein Übriges! Man schnitt den schwarzen Reichwehrkern aus der Boninschen Grundkonzeption heraus, hüllte das dann noch verbleibende magere militärische Skelett, in die anziehende Idee der Wiedervereinigung, und glaubte dieses militär-politische Gebilde an die SPD verkaufen zu können.

Diese Idee war raffiniert! Dann wäre Herr von Bonin in der Tat rehabilitiert und damit der Einzug aller restaurativer Kräfte ins Amt Blank sichergestellt.

Der Reichwehrstaat wäre neu erstanden.

Herrn von Bonin ist die Sache nicht geglückt.

Der erste Versuch ist gescheitert.

Weitere werden folgen.

* * *

Gewalt vor Recht in Algerien

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Gesetzgebung Algeriens, die für Examenkandidaten der Jurisprudenz ein wahrer Schrecken ist, kennzeichnete sich bis 1947 dadurch, dass sie praktisch auf dem Verordnungsweg erfolgte. Lediglich der algerische Hauskalt war bis dahin einer Art Dreiklassenparlament übertragen, das dann von der Algerischen Landesversammlung abgelöst wurde. Zugleich wurde, auf Drängen und Vorschlag der französischen Sozialisten, endlich durchgesetzt, dass Gesetze für Algerien vom Parlament in Paris beschlossen werden müssen, nachdem sie die Landesversammlung begutachtet hat. Außerdem wurde, nach längerem Kampf mit der Kolonialbürokratie, entschieden, dass diese neue Verfassung, das Algerische Statut, mit dem berüchtigten Dekret Régnier unvereinbar sei.

Nach diesem Dekret waren nämlich die Eingeborenen Algeriens, ehemals als Untertanen bezeichnet, praktisch vogelfrei. Sie konnten beliebig verhaftet und auch verurteilt werden. Sie brauchten dazu keinerlei Vergehen oder Verbrechen gegen das französische Strafgesetz begangen zu haben. Es genügte die Unterstellung, dass der Verdächtige die französischen Hoheitsrechte "gefährdet" habe. Nach 1947 waren es mit dieser Willkürherrschaft der Polizei und der, durchweg französisch besetzten, Gerichte zu Ende. Zwar gab es Prozesse, in denen der Begriff der Staatsgefährdung, des aus der Zeit Napoleons stammenden Strafgesetzbuches weit, allzuweit ausgelegt wurde. Aber immerhin, es gab Richter und Rechtsanwälte, wenn der Angeklagte einmal dem Polizeigewahrsam entronnen und der ordentlichen Gerichtsbarkeit überstellt war.

Der Gesetzentwurf über den öffentlichen Notstand, den die Regierung Bourne nunmehr der Nationalversammlung vorlegt, soll nun neuerdings alle Hindernisse für die aussergerichtliche Aufhebung der persönlichen Freiheit und Rechtsgarantien der, seit 1947 zu französischen Bürgern gewordenen, algerischen Eingeborenen wegräumen. Seitens ist wohl in Frankreich ein Gesetz mit derart hinterhältigen Begründungen der Parlament

vorgelegt worden. Sicherlich ist die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung notwendig, ja sogar für Araber und Kabylen ebenso wichtig wie für die europäischen Algerier. Aber der Gesetzesentwurf über Notstandsmaßnahmen bedeutet, dass weder die Regierung in Paris noch das Generalgouvernement in Algier politische Lösungen für die politischen Probleme dieses eigenartigen Landes suchen, sondern ganz einfach die in Algerien nie völlig gewährten, Grundrechte aufheben will. Nach dem neuen Ausnahmegesetz können bei Verkündung des Notstandes alle irgendwie verdächtigen Personen ohne Richterspruch im wahren Sinne des Wortes "in die Wüste" geschickt, und ganze Gegenden unter Ausnahme-recht gestellt werden. In Algerien bedeutet dies, dass die Polizei willkürlich die Freizügigkeit beschränken und die persönliche Freiheit aufheben wird. Jeder "Verdächtige" kann ein Aufenthaltsverbot erhalten oder irgendwohin im tiefen Süden, wo bestenfalls die Wüstenspringmäuse sich Gute Nacht sagen und der nächste Arzt vierzig Kilometer weit entfernt wohnt, verbannt werden.

Im Zeichen des Kriegszustandes wurden derartige Maßnahmen auch zu Kriegsende und nach dem Aufstand von 1945 im Département Constantine praktiziert. Und die Praxis der algerischen Polizei bestand zu- meist darin, dass vorweg alle Araber oder Kabylen, die etwa des Lesens und Schreibens kundig waren, als "verdächtig" angesehen und dementsprechend behandelt wurden. In einer kleinen Nachbarstadt Algiers, Maison Carée kam es damals vor, dass man einen Friseur sagte: "Sie sind zu intelligent, Sie könnten hier das Volk aufwiegeln. Daher werden Sie in den Süden des Départements Oran verschickt". Zu dieser fast unbeschränkten Vollmacht für polizeiliche Willkür gehören dann noch Bestimmungen, die Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Befehl, die die Zensur der Presse, der Film- und Theateraufführungen und sogar die Kontrolle der, ohnehin schon streng kontrollierten, Radiosendungen, in arabischer und kabyllischer Sprache, ermöglichen.

Eine derartige Blankovollmacht an die Exekutivbehörden in Algerien, die nie große Neigung zeigten, den Eingeborenen die für sie geltenden Rechtsgarantien auch wirklich zuzugestehen, kann nur eine politische Folge haben, nämlich die Frankreich geneigten Schichten der Bevölkerung in die Arme der nationalistischen Agitation zu treiben. Aber man scheint hierfür in Paris ebenso blind zu sein, wie für künftige Auswirkungen der die Selbstverwaltung der Saarländer so stark beschneidenden Bestimmungen des neuen französisch-saarländischen Zoll- und Wirtschaftsabkommens. * * *

Adolf Schönfelder 80 Jahre

sp- Am 5. April beschließt Adolf Schönfelder das achte Jahrzehnt eines ungewöhnlichen Lebens in weiser Gelassenheit, Trost und hoffnungsfreudig. Er ist Ehrenbürger Hamburgs, er ist der Präsident des Parlaments der Hansestadt, und alle Parteien haben ihn, den Sozialdemokraten, 1953 einstimmig dazu erwählt, nachdem er dieses hohe Amt schon in den ganzen Jahren vorher bekleidet hatte. Er hat die höchste Auszeichnung seiner Vaterstadt erhalten, die "Stolten-Medaille". Orden nimmt er nicht an. Er weiß, dass ihn die Hamburger, viele Deutsche außerhalb dieser Stadt und viele Menschen in anderen Ländern kennen, ehren, achten, sogar richtig gern haben - den Menschen, seinen Humor, seine Aufrichtigkeit und seinen Mut. Ob eine Kaiserin neben ihm zu Tisch sitzt ("ne chicke Deern", sagte er über die Kaiserin Soraya, deren Nachbar er jüngst beim Empfang war), ob politische Freunde oder Gegner eine Entscheidung von ihm wünschen, ob in der Oper höchste Kunst größte Gunst erkeischt - Adolf Schönfelder ist immer der gleiche ehrliche, heitere, freimütige und grundgütige Helfer und Ratgeber.

Die Souveränität seiner Parlamentsführung ist längst nicht mehr Handwerk, sie ist menschliche Zuverlässigkeit und politische Klugheit in einem, verknüpft mit dem Willen zum Ausgleich und der Einsicht: es muß weitergehen. Er hat seinen Standort und er hat ihn unverändert wie seit seinem Eintritt in die Partei- und in die Gewerkschaftsarbeit, die er vor mehr als 60 Jahren aufnahm.

Der Zimmermann Schönfelder ist bis zum 50. Lebensjahr mit Holz und Menschen umgegangen, sagte er einmal von sich in gutem Hamburger Plattdeutsch, nachher ging er mit Menschen und Holz um, das habe sich nie ganz trennen lassen... Aber es ist immer etwas daraus geworden, unter seinen Händen, mit seinem klaren Verstand, mit der Hilfe eines freundlich wohlwollenden Herzens, es wurde daraus das unzerstörbare Gebäude echter, menschlicher Zuneigung und Freundschaft, das er rund um sich herum errichtete und das weit über Hamburgs Grenzen hinweg Menschen aus allen Lagern und Schichten beherbergt. Das ist sein

Ehrenmal, das er sich selbst schuf aus der Kraft seiner lauterem Persönlichkeit und Gesinnung, aus der Haltung des ehrlichen Menschen und des tapferen Kämpfers für Recht, für Freiheit und für das Wohlergehen seiner Mitmenschen.

"Was könnt ihr mir danken?" fragte Schönfelder als man ihn auf den kommenden außerordentlichen Ehrentag ansprach. Er präsidiert heute wie seit 1945 und ist in der Parlament tätig, den er - die Jahre der Gewalt ausgenommen - seit 1919 angehört. Die ihn ehren wollen - "was könnt ihr mir danken?" Zeichen des Dankes und der Achtung werden sich häufen. "Ich kiez too", sagte er vergnügt, "wat det für Menschen un für Demokraten sünn". Er sagte es mit einem hellen Leuchten in den frohen Augen, humorig und nachdenklich zugleich.

Diesem Manne, Freunde und Mitkämpfer von Herzen Dank und von Herzen: Freundschaft!

* * *

Phantastereien

sp - In dem "Deutsches Monatsblatt", das von dem CDU-Geschäftsführer herausgegeben wird, heißt es in einem Artikel: "Was sagte Nehru zu Ollenhauer?" vom März 1955:

"Wie in London zu erfahren war, hat sich Nehru eingehend von Ollenhauer über den Standpunkt der Aufrüstung informieren lassen und dabei die Sorgen unterstrichen, die der Widerstand der SPD gegen eine Aufrüstung in der freien Welt ausgelöst habe. Der Hinweis von Nehru, jedes Volk muß aus politischen und sittlichen Gründen zur Verteidigung bereit sein, mag die bisher ernsthafteste Warnung an die SPD gewesen sein."

Diese Behauptung ist von A - Z frei erfunden. Der indische Ministerpräsident Nehru ist in der ganzen Welt als Gegner jedweder militärischer Blockpolitik bekannt und besser als mancher bundesrepublikanische Politiker erkennt er die Gefahren, die für den Weltfrieden in der Fortdauer der deutschen Spaltung liegen. Ausgerechnet diesen Staatsmann von Weltformat will man die CDU als Apostel der westdeutschen Aufrüstung abstempeln. Wir empfehlen dem "Deutschen Monatsblatt" die eingehende Lektüre der letzten Nehru-Rede im indischen Parlament. Da wird dort die heftigste Verurteilung der Deutschlandpolitik der Westmächte finden, die bisher von einer der deutschen Sache wohlgesinntesten Seite geäußert wurde. Als einen Weg in das Tollhaus hat Nehru in dieser Rede die Blockpolitik bezeichnet. Er hat gerade jene Politik verurteilt, zu der sich die CDU verschworen hat.

* * *

Verantwortlich: Peter Raukau